

Presse wagt Kritik an Hannovers Oberbürgermeister Schostok



Was passiert, wenn ein SPD-Oberbürgermeister es von Partei und Berufs wegen her gewohnt ist, nur auf Zustimmung zu stoßen und eine zahnlos gewordene Presse plötzlich das Gebiss einsetzt und zaghafte Kritik zu äußern wagt, so wie früher? Es passiert folgendes:

Der SPD und Oberbürgermeister Schostok wird vorgeworfen, dass er von üppigen unrechtmäßigen Gehaltszulagen gewusst haben soll, die etwa sein ehemaliger Büroleiter Frank Herbert jahrelang erhielt. Deshalb ermittelt auch die Staatsanwaltschaft Hannover gegen den Sozialdemokraten.

Die in die Tage gekommene zahnlose Presse ist in diesem Fall die Hannoversche Allgemeine, kurz HAZ, die dem OB Fragen zu dem Fall zukommen ließ. Laut dem berichtenden NDR wird dies jedenfalls nicht von Schostok abgestritten. Und wie geht er nun mit den Anfragen um? Dies war seine Reaktion:

Er werfe, so der NDR, dem Blatt eine „unfaire Berichterstattung vor“. Der OB wörtlich in einer Erklärung:

„Es besteht der Verdacht, dass unter dem Deckmantel der Pressefreiheit mit aus dem Zusammenhang gerissenen angeblichen Enthüllungen gezielt die Unschuldsvermutung unterlaufen werden soll.“

Noch einmal, es waren Fragen, die ihm gestellt wurden und die er nicht beziehungsweise mit diesem sozialdemokratischen Mimimi beantwortete. Er hätte schreiben können, welcher Zusammenhang hier außer Acht gelassen wurde oder welche Enthüllungen unwahr sind („angebliche Enthüllungen“). Doch nichts davon. Die Reaktion war der oben zitierte Text. Schostok setzte sich nicht inhaltlich zur Wehr, sondern mit Empörung, ein mittlerweile gängiges linkes Verhaltensmuster und üblich gewordener linker Politikstil. Getroffene Hunde bellen laut, würde der Volksmund das nennen.

Was die Presse angeht, da staunen sie plötzlich selbst, wie schnell sie abgebügelt werden, wenn es um einen SPD-OB geht. Hendrik Brandt von der HAZ und Christine Eickmann vom Deutschen Journalisten-Verband geben sich „sehr erstaunt“ und sehen sich genötigt, das „Gut der Pressefreiheit“ hier auch noch verteidigen zu müssen.

In der Demokratie schlafen gegangen und in der linken Meinungsdictatur aufgewacht. Man darf es nur hoffen, dass die Presse langsam wieder erkennt, wo ihre Aufgabe liegt und was ihre Dienstleistung für die Demokratie ausmacht. Demokraten bezahlen sie eben für kritische Berichterstattung, aber auch nur dafür.